



Gruppe der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 05.03.2015

AN/0410/2015

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	24.03.2015

Studie belegt linksextreme Gefahr: Auch die Kölner Kommunalpolitik muss jetzt gegensteuern!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen und zu behandeln:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung, ein Konzept für die Einrichtung einer kommunalen Informations- und Beratungsstelle gegen Linksextremismus zu erarbeiten. Zudem fordert der Rat die Stadtspitze auf, in ihrem künftigen Verwaltungshandeln linksextremen Strukturen, wie z.B. dem Autonomen Zentrum oder der Hausbesetzerszene in Mülheim, keinerlei Vergünstigungen, wie z.B. die kostenlose oder kostenneutrale Überlassung städtischer Liegenschaften u.ä., mehr zu gewähren.

Begründung:

Linksextreme Einstellungen sind laut einer aktuellen Studie von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin in Deutschland weit verbreitet und haben vor allem einen Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden. Laut Studie teilen rund ein Sechstel der Bevölkerung entweder linksradikale oder sogar linksextremistische Positionen. Auch die Zahl linker bzw. linksextrem motivierter Straftaten ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wobei insbesondere auf den wachsenden Teilbereich der Gewaltstraftaten hinzuweisen ist. All diese Entwicklungen haben natürlich auch in Köln ihren Niederschlag gefunden. Die demokratische Stadtgesellschaft muss deshalb wachsam sein und befähigt werden zur Abwehr der

linksextremen Gefahr. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden von Seiten der Stadt einen Baustein hierfür bilden.

Für weitergehende Informationen s.a.

http://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2015/fup_15_044-studie-linksextremismus/

oder die Studie in Buchform:

Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!
Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Verlag Peter Lang,
Frankfurt/Main, 653 Seiten, 29,90 Euro.

Gez. Markus Wiener